

vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten über all nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden aus-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von D. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 113.

Halle, Donnerstag den 17. Mai

1849.

Hierzu eine Beilage.

Das nächste Stück des Couriers erscheint Sonnabend den 19. Mai.

An mein Volk!

Unter dem Vorwande der deutschen Sache haben die Feinde des Vaterlandes zuerst in dem benachbarten Sachsen, dann in einzelnen Gegenden von Süddeutschland die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Zu meinem tiefen Schmerze haben auch in einigen Theilen unseres Landes Verblendete sich hinreißen lassen, dieser Fahne zu folgen und unter derselben, im offenen Auf- rühr gegen die rechtmäßige Obrigkeit, göttliche und menschliche Ordnung umzustürzen.

In so ernster und gefahrvoller Zeit drängt es Mich, ein offenes Wort zu Meinem Volke zu reden.

Ich habe auf das Anerbieten einer Krone seitens der deut- schen National-Versammlung eine zustimmende Antwort nicht ertheilen können, weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone, welche sie Mir bot, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben, weil sie Mir unter der Bedingung der Annahme einer Verfassung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutschen Staaten nicht vereinbar war.

Ich habe fruchtlos alle Mittel versucht und erschöpft, zu einer Verständigung mit der deutschen National-Versammlung zu gelangen. Ich habe Mich vergebens bemüht, sie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechtes zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderruflichen Fest- stellung, sondern in der Vereinbarung einer deutschen Verfas- sung bestand, und selbst nach Vereitelung Meiner Bestrebungen habe Ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung nicht mit der Versammlung gebrochen.

Nachdem dieselbe aber durch Beschlüsse, gegen welche treff- liche Männer fruchtlos ankämpften, ihrerseits den Boden des Rechtes, des Gesetzes und der Pflicht gänzlich verlassen, nach- dem sie uns um deshalb, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene Hülfe siegreich geleistet, des Friedensbruchs ange- klagt, nachdem sie gegen uns und die Regierungen, welche sich mit Mir den verderblichen Bestimmungen der Verfassung nicht fügen wollten, zum offenen Widerstande aufgerufen, jetzt hat die Versammlung mit Preußen gebrochen. Sie ist in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutsch-

land mit Stolz und Vertrauen blickte. Eine große Zahl ist, als die Bahn des Verderbens betreten wurde, freiwillig ausgeschieden, und durch Meine Verordnung vom gestrigen Tage habe Ich alle preussischen Abgeordneten, welche der Versammlung noch ange- hörten, zurückgerufen. Gleiches wird von anderen deutschen Regierungen geschehen. In der Versammlung herrscht jetzt eine Partei, die im Bunde steht mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Eidbruchs und der Raubsucht gegen die Throne entzünden, um mit ih- nen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigenthums umzustürzen. Die Gräuelt, welche in Dresden, Breslau und Elberfeld unter dem erheuchelten Rufe nach Deutschlands Ein- heit begangen worden, liefern die traurigen Beweise. Neue Gräuelt sind geschehen und werden noch vorbereitet. Während durch solchen Frevel die Hoffnung zerstört ward, durch die frankfurter Versammlung die Einheit Deutschlands erreicht zu sehen, habe Ich in königlicher Treue und Beharrlichkeit daran nicht verzweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmäch- tigten der größeren deutschen Staaten, welche sich Mir ange- schlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Ver- fassung wieder aufgenommen.

Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Ein- heit, dargestellt durch eine einheitliche Exekutiv-Gewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volks- vertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Na- tional-Versammlung entworfene Reichs-Verfassung ist hier- bei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche, aus den Kämpfen und Zu- geständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt wer- den. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühl der preussischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden.

Das ist Mein Weg. Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß Ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß Ich Meiner früheren Ueberzeugung und Meinen Zusicherungen untreu geworden.

Preußen ist dazu berufen, in so schwerer Zeit Deutschland gegen innere und äußere Feinde zu schützen, und es muß und wird diese Pflicht erfüllen. Deshalb rufe Ich schon jetzt Mein Volk in die Waffen. Es gilt, Ordnung und Gesetz herzustellen im eigenen Lande und in den übrigen deutschen Ländern, wo unsere Hülfe verlangt wird; es gilt, Deutschlands Einheit zu gründen, seine Freiheit zu schützen vor der Schreckensherrschaft einer Partei, welche Gerechtigkeit, Ehre und Treue ihren Leidenschaften opfern will, einer Partei, welcher es gelungen ist, ein Netz der Bethörung und des Irrwahns über einen Theil des Volkes zu werfen.

Die Gefahr ist groß, aber vor dem gesunden Sinn Meines Volkes wird das Werk der Lüge nicht bestehen; dem Rufe des Königs wird die alte preussische Treue, wird der alte Ruhm der preussischen Waffen entsprechen.

Steht Mein Volk zu Mir, wie Ich zu ihm in Treue und Vertrauen einträchtig, so wird uns Gottes Segen und damit ein herrlicher Sieg nicht fehlen.

Charlottenburg, den 15. Mai 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg.

Deutschland.

Salle, d. 14. Mai. Nach Inhalt der vorliegenden diplomatischen Aktenstücke hielt Preußen bis Ende Februar an dem von ihm zuerst unter den deutschen Fürsten am 18. März 1848 proklamirten deutschen Bundesstaate mit einheitlicher Oberleitung fest. Preußen wollte die Einheit und Freiheit Deutschlands. Diesen Entschluß machte es entschieden geltend. Oesterreich wollte weder die Freiheit noch die Einheit, es wollte den alten Staatenbund und nahm für sich die Oberleitung als sich von Rechtswegen von selbst verstehend in Anspruch. Preußen forderte bis zum März eine „nicht auf die Spitze getriebene redliche Verständigung“ sowohl unter den Fürsten als mit der Nationalversammlung; Oesterreich und sein baierischer Schildknappe forderten die Vereinbarung. Die beiden Kabinette von Berlin und Wien geriethen in eine unerquickliche Spannung, die zu beenden Preußen den ersten Schritt that. Da Preußen in seinem so ruhigen als bestimmten Vortrittsgehen in der Frage des Bundesstaates nothwendig in eine immer schärfere Stellung zu Oesterreich zu gerathen besorgte, war es so schwach, den bisherigen Vertreter seiner auswärtigen Politik, den Minister Bülow, fallen zu lassen, und in dem Grafen Arnim dem wiener Kabinet einen Staatsmann als Vermittler zu bieten, der durch langjährigen Verkehr mit demselben vertraut war.

Graf Heinrich Friedrich von Arnim-Heinrichsdorf, — der weder mit dem Grafen Adolph Heinrich von Arnim auf Boykenburg, der seit 1833 Regierungspräsident in Stralsund, Aachen und Merseburg, Präsident der General-Kommission für die bäuerlichen Verhältnisse in Berlin, dann Oberpräsident in Posen, Minister des Innern und im März 1848 Ministerpräsident war, noch mit dem Freiherrn Heinrich Alexander von Arnim zu verwechseln ist, — wurde 1840 in den Grafenstand erhoben und bekleidete lange Zeit die Gesandtschaftsposten in Brüssel und Paris, worauf er nach Wien versetzt wurde. Er war ein gelehriger Freund Metternichs. In dieser Eigenschaft bestand die Empfehlung, durch die er in das preussische Ministerium des Auswärtigen berufen ward. Die

österreichische Politik streckte ihre Arme nach Preußen aus, Bülow, der wackere Verteidiger des deutschen Bundesstaates, mußte weichen und einem ergebenen Schüler derjenigen Politik Platz machen, welche zum großen Theil Ursache der gefährlichen Erschütterungen Deutschlands ist und deren Nachwehen noch jetzt so kräftig wirken, daß nicht abzusehen ist, wo die gewaltige Krise enden wird. War Arnims Anstellung die Frucht einer übertriebenen und darum höchst tadelnswerthen Rücksichtnahme gegen Oesterreich, so war eine unausbleibliche Folge, daß auch die preussische Politik in der deutschen Sache bald die eingeschlagene Richtung verlassen werde. An Gelegenheit und dringlichen Anlässen ließ es Oesterreich nicht fehlen. In einer Note vom 27. Februar trat dasselbe in fast höhrender Weise Preußen und Deutschland entgegen. Es verwarf den Bundesstaat, das einheitliche Oberhaupt und sogar das Volkshaus. Es wollte wie früher einen Fürstenbund, einen Fürstentag und die ganze vormärzliche Polizeiwirtschaft mit der verächtlichen Schwäche Deutschlands gegen Außen. Die einzige Aenderung von Wichtigkeit, die Oesterreich vorschlug, bestand darin, daß nach Annahme und Ausführung des Vorschlages Preußen angehört hätte eine Großmacht zu sein, daß es zu Gunsten Oesterreichs und zum Verderben Deutschlands zum dienstbaren Vasallen des Hauses Habsburg mediatisirt, gleichsam zertrümmert worden wäre. Diesen Zweck suchte Oesterreich durch eine Art Direktorium und durch ein Staatenhaus zu erreichen, in welchem Preußen kaum mit $\frac{2}{7}$ Stimmen vertreten gewesen wäre. Das hundertjährige Thema Oesterreichs, Preußen, diese mutbig aufstrebende deutsche Macht, zu vernichten, kam wieder zum Vorschein. Es sind noch nicht hundert Jahre verlossen, als Habsburg mit den Feinden Deutschlands gegen den großen Preußenkönig konplotirte, um Deutschland zu verrathen, damit nur Preußen vernichtet würde, als Habsburg Pommern an Schweden, Ost- und Westpreußen an Rußland, die westphälischen Provinzen an Frankreich schmachtvoll verschacherte, nur um die Schande der Lage von Mollwitz auszulöschen. Was Schwerter und Verräther nicht vermocht hatten, das sollte durch listig verschleierte Pläne diplomatischer Verschmittheit erreicht werden, was Maria Theresia, die große Kaiserin, getragen von dem Patriotismus der Magyaren, unterstützt von gewaltigen Heeren der einigen österreichischen Völker, nicht erreichen konnte, das gedachte ein Kabinet für möglich und erreichbar, welches im Kampfe mit den eigenen Provinzen die Empörung in der eigenen Hauptstadt fürchtet und vor wuthentbrannten Rebellen vor den Thoren der Hofburg sich nicht mehr sicher weiß. Oesterreich hatte es abgesehen auf friedliche Eroberung Deutschlands, auf Vernichtung Preußens. Es kam jetzt darauf an, daß Preußen die eigene Ehre, die Ehre Deutschlands rettete. Preußen aber erließ eine Note, und diese Note war das ungeschickte Machwerk eines Mannes, dem bei Abfassung derselben alle Erinnerung an die Geschichte Preußens und an die Hoffnungen Deutschlands aus dem Gedächtniß verschwunden zu sein schien. „In Betreff der Bildung einer obersten Central-Exekutivgewalt der deutschen Bundesverfassung in Form eines Direktoriums — gereicht es der königlichen Regierung zur großen Befriedigung, daß damit nun auch Oesterreich den von uns vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten hat. Wir haben uns daher auch nur mit Vergnügen bereit erklären können, diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen und der königliche Bevollmächtigte in Frankfurt wird mit hinreichenden Instruktionen versehen werden, um in die Besprechungen und Berathungen über dieselben in Frankfurt eintreten zu können, von welchen wir die Hoffnung legen dürfen, daß sie zu dem immer von uns angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regie-

rungen und mit der Nationalversammlung führen werden."

Zur Beschönigung dieser Note hat man gesagt, sie sei ein Höflichkeitsschreiben. Aber auf ein Ansinnen, wie das von Oesterreich gestellt, hatte der Mann, welcher die Macht und Würde eines Staates wie Preußen dem Auslande gegenüber vertritt, eine andere Sprache, eine würdige, eine selbstbewusste zu führen. Oesterreich hatte bestimmt ausgesprochen, daß es sich einer von einem andern Fürsten gehandhabten Centralgewalt nicht unterordnen werde, also gegen ein preussisches Kaiserthum sich erkläre. Wenn Oesterreich in seiner Depesche sagte: „nach unserer feststehenden und wohlbegründeten Meinung ist die Handhabung des exekutiven Theils der Reichsgewalt anders nicht denkbar, als in der Form eines Direktoriums,“ wenn das Preussische Kabinet dagegen erwidert, diesen Vorschlag mit Vergnügen prüfen zu wollen, wenn es die Hoffnung sogar ausspricht, daß auf Grund dieses Vorschlags eine Verständigung, die von ihm immer angestrebt worden sei, nun erst möglich werde — so lag der Gedanke nahe, daß Preußen seine Vorsätze geändert habe. Alle ächt Deutschgesinnten, alle wahren preussischen Patrioten sahen zu ihrer tiefen Beschämung und zur Schadenfreude aller ihrer Gegner und Feinde die Erfahrung von Neuem bestätigt, daß es der preussischen Politik jedesmal im entscheidenden und günstigsten Augenblicke mit unvergleichlicher Geschicklichkeit gelinge, sich selbst das Spiel zu verderben.

Die Note vom 10. März hat noch eine andere eigenthümliche Seite. Sie soll am 6. März geschrieben sein, hat aber das Absendungsdatum vom 10. März erhalten. In der Zwischenzeit erschien die oktroirte österreichische Verfassung, welche das deutsche Bundesgebiet Oesterreichs von Deutschland ohne Weiteres aus dem Bunde löstrennt. Das preussische Kabinet wußte dies, ließ es aber, ohne irgend ein Wort einzulegen, geschehen, es duldete, daß Deutschland von Neuem so zu sagen decimirt wurde, es duldete, daß Oesterreich sogar die Traktate, auf deren ununterbrochene Gültigkeit es sich stets und bis in die letzten Tage zu dem Zwecke berufen hatte, die Errichtung eines deutschen Bundesstaates zu hintertreiben, zerreißen durfte; Preußen duldete, daß Oesterreich den fast höhnischen Antrag stellen durfte, mit allen seinen Landen, mit den slavischen, magyarischen und unzähligen anderen undeutschen Landen in das neue deutsche Reich eintreten zu wollen. Preußens Politik war eine andere geworden, sie war in eine Bahn gerathen, an deren Ende kein erfreuliches Ziel für die deutsche Staatsbildung liegen konnte.

Das nächste öffentliche Dokument ist die Antwort der Krone an die Kaiserdeputation am 3. April. Die Deputation lud den König von Preußen als den „erwählten Kaiser ehrfurchtsvoll ein, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung annehmen zu wollen.“ Die Antwort des Königs brennt noch im Gedächtniß aller Patrioten und sie wird in der Geschichte, so lange es eine deutsche, eine preussische Geschichte giebt, unvergessen bleiben, denn sie bildet in dem deutschen Drama einen Einschnitt, von wo ab dasselbe hochtragisch wird, bis es wahrscheinlich auf der niedrigsten Stufe der Thorheit endet. Das Wesentlichste der königl. Antwort ist in folgenden Sätzen enthalten: „Ich würde, sagt der König, ihr Bertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des Deutschen nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich Verletzung heiliger Rechte und meiner frühern ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschliebung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidend-

sten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen werden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.“

Die Presse hat damals von allen Seiten gerügt, daß die Antwort darum so ungenügend sei, weil sie gar keinen eigenen Willensausdruck enthalte, sondern Alles, auch die eigene Meinung auf die in Aussicht gestellte gemeinsame Berathung der deutschen Regierungen verweise. Es ist aber klar, daß eine offene Meinungsäußerung der preussischen Regierung auch unter Ablehnung einer alleinigen Entscheidung dennoch von entscheidendem Einflusse auf die definitive und schnelle Vollenbung des deutschen Verfassungswerkes gewesen wäre. Kein Besonnener, ja Niemand hat eine unbedingte Annahme erwartet. Aber das konnte man erwarten, daß der König sich bereit erklären werde, die Regierung des deutschen Bundesstaates nach den Bestimmungen der in Frankfurt beschlossenen Verfassung anzutreten, wenn die betreffenden Staaten diesem Entschlusse zustimmen, vielleicht unter Vorbehalt einer Revision oder einer sofortigen Aenderung gewisser Bestimmungen. Einen solchen Entschluß herbeizuführen, war die Absicht der preussischen Kammern, welche schon am 4. April dahin zielende Anträge stellten, aber aus Mißverständnis der Parteien zu keinem Resultate gelangten.

Zur weiteren Erläuterung der königlichen Antwort erließ das Ministerium des Auswärtigen eine Cirkularnote am 4. April, worin erklärt wird, der König halte fest daran, „daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden und daß die getroffene Wahl nur durch das freie Einverständnis der Regierungen zur vollen Rechtsgiltigkeit gelangen kann.“

Zum ersten Male verlangte die preussische Regierung die Vereinbarung. Ein Jahr lang hatte sie nur das Zustimmungrecht sich und den übrigen deutschen Regierungen vindicirt, sie hatte ein Einverständnis, ein redliches Entgegenkommen von allen Seiten gefordert, sie hatte die Regierungen vor einer schroffen Negation, vor einem auf die Spitze getriebenen Zustimmungrechte gewarnt, sie hatte „die Vereinbarung mit 37 verschiedenen und unabhängigen Staaten eine greifbare Schwierigkeit“ genannt, ja sie hatte den Regierungen zugerufen, daß, wenn sie ihr „Zustimmungsrecht noch jetzt“ — das war am 23. Januar — „auf die Spitze treiben“ wollten, „Niemandem zweifelhaft sei, daß nicht allein das Verfassungswerk nicht zu Stande kommen, sondern auch das deutsche Vaterland den gefährlichsten Krisen ausgesetzt und in seiner ganzen Entwicklung gehemmt werden würde.“

Diese letztere Ansicht vertrat die Regierung am 23. Januar bis Ende Februar, und am 4. April sprach der Minister des Auswärtigen Graf Arnim aus, daß die Verfassung Deutschlands nur durch Vereinbarung, und zwar durch Vereinbarung unter den Fürsten, mit völliger Beseitigung des Volkes, festgestellt werden könne, denn das Cirkularschreiben sagt nicht, daß die Vereinbarung zwischen den Fürsten und der Nationalversammlung erfolgen solle.

Ferner fügt die Note hinzu: „In Betracht, daß der Erzherzog Reichsverweser den Entschluß gefaßt hat, seine Stelle niederzulegen, und in Betracht der großen Gefahren, welche

Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen können, sind Se. Maj. der König bereit, auf den **Antrag** der deutschen Regierungen und unter **Zustimmung** der deutschen National-Versammlung die **provisorische** Leitung der Angelegenheiten (!!!) zu übernehmen. Se. Majestät sind, dem **ergangenen Rufe Folge leistend** und eingedenk der Ansprüche, welche ihm Preußens Stellung in Deutschland gewährt, entschlossen, an die Spitze eines **deutschen Bundesstaates** zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche **demselben aus freien Willen sich anschließen** möchten. Die Formen dieses Bundesstaates werden wesentlich davon abhängen, wie viel und welche Staaten sich demselben anschließen.“ In der Note werden dann die Regierungen aufgefordert sich zu erklären: 1) ob und unter welchen Bedingungen sie dem Bundesstaate beitreten wollen; 2) welche Stellung die Beitretenden zur Nationalversammlung und zu den Beschlüssen derselben einnehmen, in der Art „**daß das Werk der Vereinbarung über die Verfassung unverzüglich in Angriff genommen werde**“; 3) über das Verhältniß des Bundesstaates zu den Nichtbeitretenden.

Die Regierung Preußens bestimmte, daß die deutschen Staaten sich schleunigst erklären möchten, damit sie mindestens binnen 14 Tagen sich definitiv entscheiden könnten.

So war denn Preußen von dem Standpunkte einer redlichen Verständigung herabgestiegen in die Vereinbarungstheorie, dieser unglücklichen Erfindung unseres Zeitalters, die schon so böse Früchte getragen und namentlich Preußen im vergangenen Jahre viel Unheil gebracht hat. Der Weg der Note vom 23. Januar war offen verlassen. Jene Note beabsichtigte, dem Streite über die Vereinbarung die Spitze abzubringen, eine vorübergehende Verständigung herbeizuführen, um die Gefahren und die Unmöglichkeit einer spätern Vereinbarung zu vermeiden. Statt dessen wurde nun der Grundsatz der Vereinbarung aufschroffte hervorgekehrt und in der Oberhauptfrage soll der Nationalversammlung auch nicht einmal die Initiative mehr zustehen. Die Note sagt ausdrücklich, der König sei bereit, auf den „Antrag“ der Regierungen und unter „Zustimmung“ der Reichsversammlung die provisorische Leitung der „Angelegenheiten“ d. h. der Reichsgewalt zu übernehmen.

Die Wirkung der Kaiserwahl, der preussischen Königsantwort und der Circulardepesche des Ministeriums war eine verschiedene. Es lag klar am Tage, wohin die umgestürzte Kabinettpolitik gerichtet war — auf eine Schwächung der oft erprobten moralischen Macht der Nationalversammlung, sogar auf Otkroyirung einer deutschen Verfassung, die von den Trümmern des Staatenbundes rettete, was die Regierungen nicht gern aufgeben möchten, denn keine Regierungsgewalt, überhaupt keine Staatsgewalt ist so weise und so mäßig, ihre Befugnisse nicht erweitern zu wollen, auch die legislativen Versammlungen sind von diesem an sich ganz natürlichen Gelüste nicht frei. Die Gewalt hat stets etwas Verführerisches. Diesem Schlage zuvorzukommen, beschloß die Nationalversammlung am 11. April, unverbrüchlich an der von ihr angenommenen Verfassung festzuhalten, sie beschloß, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, die Verfassung zur Geltung zu bringen. Mit dem Beschluß vom 11. April brach sie jede Brücke hinter sich ab, und geriet unter dem gewaltigen Einflusse der Stimmung und der Ereignisse mit wachsender Geschwindigkeit auf eine abgleitende Bahn, die nothwendig in die Sümpfe des Konvents führen dürfte. Gott mag einen solchen moralischen Bankbruch der deutschen Nation verhüten!

Ein eignes Schicksal waltet über der deutschen Nation,

und wenn es irgend eine Ursache dieser fatalistischen Eigenthümlichkeit giebt, so ist es die Zweideutigkeit der Fürstenpolitik, an welcher die Größe der deutschen Nationalmacht und der Nationallehre zu Grunde geht. Ein Rückblick auf die Vorgänge des letzten Jahres muß jeden Patrioten mit tiefer Behrmut erfüllen. Gleich im Beginn der Erschütterungen war es die Zweideutigkeit, mit welcher die fürsliche Vielköpfigkeit und Vielregiererei wie mit einem Erisapfel besenkte. Der Bundesbeschluß vom 30. März 1848 über die Berufung der Volksvertretung ist entschieden für die Vereinbarung, dagegen der Bundesbeschluß vom 7. April desselben Jahres für die Souveränität der Nationalversammlung. Oesterreich war der erste Staat, welcher die Vereinbarung in schroffster Form als Grundsatz aufstellte und forderte. Gagern wies als Präsident des Reichsministeriums die Vereinbarung entschieden zurück, erklärte sich aber bereit zu jeder „zum Ziele führenden Verständigung.“ Denn mit den Regierungen, nicht ohne die Regierungen sollte die Nationalversammlung die Verfassung zu Stande bringen. Gagerns Grundsatz war der Grundsatz der Nationalversammlung, die ihn mit großer Majorität angenommen hatte. Die preussische Politik billigte diesen Grundsatz, ihre Note vom 23. Jan. beruhte auf ihm. Die Existenz eines Rechtsstreits zwischen den Regierungsbefugnissen und dem Rechte der Nationalversammlung ward anerkannt, aber die preussische Note sah ab von dem Rechte, das der Regierung zusteht, und achtete darauf, daß das Vaterland gerettet würde. Sie sagte: „Jeder Theil beharre auf seinem Rechte, die Reichsversammlung auf ihrer Souveränität“, auf ihrem „hoch gesteigerten Umfange staatsrechtlicher Machtvollkommenheit“, die Regierungen auf ihrem Zustimmungsrechte, aber keiner treibe sein Recht „auf die Spitze.“ Es genügt nicht, daß man schuldlos sei an dem Mißlingen, das Gelingen muß gesichert werden. An die Stelle der Rechtsfrage sollte nach dem preussischen Programm vom 23. Januar ein politischer Gesichtspunkt treten, vor dem Buchstaben des Rechts die politische Nothwendigkeit entscheiden. Bis in den März hielt Preußen an diesem Grundsatz fest und war darin der gefürchtetste Gegner der mährischen Willkürpolitik. Noch in der preussischen Thronrede und in den Adressen der Kammern war die „Verständigung“ nicht als starres Recht der Vereinbarung, sondern als politischer Gesichtspunkt anerkannt. Erst mit dem März gelang es Oesterreich, seinen deutschen Rivalen zu überwinden dadurch, daß es ihm als neunundvierziger Märzerrungenschaft die Vereinbarung einschwarzte und die ganze Nation um die edelsten Hoffnungen betrog. Nachdem Preußens stümperhafte Politiker der mährischen Verschmittheit einmal erlegen waren, konnte Oelmüt einen noch kühnern Schritt wagen zum Verderben Deutschlands.

Oesterreichs neue Note vom 5. (8.) April that diesen Schritt. Es erklärte darin, 1) daß es die Reichsversammlung als nicht mehr bestehend betrachte; 2) daß es ihr nicht das Recht erkenne, in Beziehung auf die anderweitige Besetzung der provisorischen Centralgewalt die nöthigen Maßregeln zu ergreifen; 3) daß die Reichsversammlung durch die schließliche Feststellung des Verfassungswerkes das Recht verwirkt habe, sich an der Einigung über die deutsche Reichsverfassung überhaupt noch ferner zu betheiligen; 4) daß es den Erzherzog Johann ersucht habe, sein Amt so lange fortzuführen, bis die definitive Centralgewalt auf gesetzlichem Wege geregelt sei. Die Note ist im Tone der höchsten Gereiztheit geschrieben. Wie verhielt sich dagegen Preußen?

Königsberg, d. 11. Mai. Eine Bekanntmachung der hiesigen Regierung erklärt, der Beschluß der städtischen Behörde, einen Provinzial-Städtetag abzuhalten, liege außer den

Grenzen der den städtischen Behörden durch die Gesetze ertheilten Befugnisse, gleich wie die übrigen Städte nicht berechtigt sein würden, durch Absendung von Abgeordneten eine gemeinsame Vertretung der Stadtgemeinden zu instituiren. Der Magistrat wird daher aufgefordert, jenem Beschlusse keine weitere Folge zu geben. Den Magistraten des Bezirks so wie den Regierungen der Provinz sei Abschrift dieser Verfügung zugefertigt worden.

Köln, d. 14. Mai. Der Ober-Präsident der Rheinprovinz hat unterm gestrigen Tage folgenden Aufruf erlassen:

„An die Bewohner von Elberfeld! Eure Stadt, die sonst der ganzen Rheinprovinz in treuester, wärmster Anhänglichkeit an die preussische Monarchie und ihre Könige vorleuchtete, ist gegenwärtig in voller Empörung und Anarchie. Die gesetzlichen Behörden sind vertrieben, und ein Regiment des Schreckens herrscht! An Stelle der regsam, fruchtbringenden Gewerthätigkeit, an Stelle eurer großartigen Industrie ist ein wüstes Umherschweifen getreten, bei dem nicht gearbeitet, desto mehr verzehret wird. Wohin soll das führen? — Das Herz blutet jedem Wohlgesinnten, wenn er Euer gegenwärtiges Schicksal, noch mehr, wenn er dessen unvermeidlichen Ausgang betrachtet! Die Pflicht der gesetzlichen Behörden ist, den gesetzlichen Zustand herzustellen, für das Gesetz die Achtung zur Geltung zu bringen, ohne die kein Staat, keine Stadt bestehen kann. Die Behörden werden ihre Pflicht thun! Schwer liegt die Verantwortlichkeit auf denen, die das Unglück, welches Euch schon gegenwärtig trifft, und das größere, das Euch bevorsteht, verschuldet haben. Noth und Glend liegen zu Tage und werden sich mit jedem Tage mehren, — wolle Gott die Wutschulden verhüten, die in Aussicht stehen! Das ist also Euer Zustand und Eure Zukunft, weil Ihr der Regierung des Königs mit gesetzloser Gewalt widerstrebt. Geht der Stimme der Vernunft, dem Rufe Eures Gewissens, welches Euch nicht ruhen läßt, Gehör, unterwerft Euch dem Gesetz und seiner Ordnung, kehrt mit dem gewohnten Fleiße zu Eurer Arbeit zurück, — möge Elberfelds alter Wohlstand und der alte Ruhm seiner Geselligkeit bald wiederkehren! Düsseldorf, den 13. Mai 1849. Der Ober-Präsident der Rheinprovinz, Eichmann.“

Auch die Grafschaft **Mark**, dessen Anhänglichkeit an das preuß. Königshaus sprichwörtlich geworden, ist nach Berichten aus **Soest** und **Hagen** vom 13. Mai in Aufrührer gegen die Maßregeln des Ministeriums v. Brandenburg-Manteuffel.

Dresden, d. 14. Mai. Gefangene werden noch fortwährend aus der Gegend von Freiberg und Chemnitz eingebracht; ich bin heute wieder verschiedenen Trupps begegnet. Räuberhordenartig sollen mehrere Banden Aufrührerischer sich in die Wälder nach dem Erzgebirge zurückgezogen haben. Doch scheint im Ganzen Ruhe und Ordnung schneller wieder hergestellt zu werden, als man es nach der wilden Bewegung der letzten Tage hätte erwarten sollen. (Epz. Btg.)

Frankfurt a. M., d. 13. Mai. Bekanntlich hat noch vor wenigen Tagen der Reichs-Kriegsminister mit schlagenden Gründen die Beerdigung des Militärs auf die Reichs-Versammlung als unzulässig und verderblich zurückgewiesen. Man erfuhr nun gestern, daß die badische Regierung die Beerdigung ihrer Truppen beschlossen und den heutigen Tag dazu bestimmt hatte, ohne Zweifel in der Hoffnung, damit den letzten Vorwand zu Gewaltthaten zu beseitigen. Wie wenig diese Erwartung in Erfüllung gegangen, ergibt sich aus folgenden amtlichen Nachrichten, die heute Morgen hier eingelaufen sind. In Rastatt hat nämlich die badische Garnison, 4 Bataillone stark, sich empört, 5 Offiziere ermordet, im Verein mit Aufrührern vom Civilstande die Republik proclamirt, alle äußeren Brücken abgebrochen und der Festung sammt sämtlicher Vorräthe an Munition und Waffen sich bemächtigt. Der kommandirende General Cosmann hat bei dieser Meuterei, der übrigens ein Widerstand nicht hat entgegengesetzt werden können, fünf Wunden davon getragen. Gleichzeitig hat das in Lörrach stehende Bataillon seinen Obersten ermordet, und sich der Bewegung angeschlossen. (R. Z.)

Frankfurt a. M., d. 13. Mai. Heute waren wie-

der die Straßenecken von Neugierigen belagert, welche die verschiedenen offenen Briefe an Volk und Heer lasen. Da gab es einen Aufruf „aller Frauen und Jungfrauen Württemberg's an unsere deutschen Krieger“, worin diesen mitgetheilt wird, daß jene gelobt haben, keinem die Hand zu reichen, dessen Hand mit Bruderblut besetzt sei, mit keinem Haus und Herd zu theilen, der diese zerstört, und endlich keinem in Liebe zu nahen, der gegen seine Brüder das Schwert gezogen. Zugleich werden alle deutschen Schwestern aufgefordert, ein Aehnliches zu thun. Der Central-Märzverein und das Montagstränzchen ermahnen das Volk, dem hier garnisonirenden Militär keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben. Der Kongreß der Landesvereine ladet seine Mitglieder ein, im Weidenbusch ihre Legitimationen zu holen, und der Reichsverweser erläßt folgenden Tagesbefehl an die im Reichsdienste stehenden Truppen:

Deutsche Krieger! Ein unglückseliger Streit über die Reichsversammlung ist in Deutschland ausgebrochen. Alle wahren Freunde des Vaterlandes vereinigen bereits ihre Kräfte für den Zweck, daß die Lösung dieses Streites auf gesetzlichem Wege und nicht durch einen Krieg von Brüdern gegen Brüder erfolge. Nur eine Partei, welcher es nicht um die Verfassung, sondern um anderweitige verwerfliche Zwecke zu thun ist, bedient sich des Verfassungskreites als eines Vorwandes, um Angriffe gegen Gesetz und Ordnung zu richten, Zerrüttung und Bürgerkrieg über Deutschland zu verbreiten. Gegen diese Partei gilt es, den Frieden und das Glück des theuern Vaterlandes, den Wohlstand und Erwerb seiner Bürger mit Eifer zu schützen. Deutsche Krieger! Die Sicherheit des gesammten deutschen Vaterlandes ist eurer Ehre anvertraut. Alle Versuche, euch in eurer Pflicht wandend zu machen, werdet ihr mit Verachtung von euch weisen. Während in diesem Augenblicke eure siegreichen Waffenbrüder in herzlicher Eintracht festgeschlossene Reihen gegen den äußern Feind bilden, werdet ihr auch gegen den innern Feind einig sein. Wenn Anarchie und Verwilderung es wagen sollten das Haupt zu erheben, dann werdet ihr durch die That beweisen, daß die unerschütterliche Treue, der feste Muth und die brüderliche Eintracht des deutschen Heeres das mächtige Schild sind, welches das theure Vaterland gegen jede Gefahr, sie komme, woher sie wolle, siegreich zu schützen vermag. Frankfurt, den 12. Mai 1849. Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann. In Vertretung des Reichskriegsministeriums (gez.) v. Peucker.

Nachmittags wäre es bei der Constablerwache bald zu ernstesten Scenen gekommen. Die Arretirung eines vorübergehenden Mannes (wahrscheinlich wegen eines rothen Halstuchs) veranlaßte das Zusammenstehen vieler Menschen vor der Wache, und dieses bewog den wachhabenden Offizier, sogleich scharf laden zu lassen. Gegen Abend kam es im Bierhause bei Schwager zu einer Schlägerei zwischen preussischem und württembergischem Militär, die sehr ernstlich hätte werden können, wenn die anwesenden Bürger nicht die Württemberger bei Anmarschirung einer Patrouille durch eine Hinterthür entfernt hätten. Später entstand im Gräber'schen Lokale ebenfalls wegen einer rothen Halsbinde ein Streit, der mehrere Verwundungen Neugieriger, die auf der Straße standen, zur Folge hatte.

Frankfurt a. M., d. 14. (Deutsche Reichsversammlung.) Der Vorsitzende verkündet, daß er heute Morgen, zu Sr. kaisert. Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser beschieden, von demselben die Mittheilung erhalten, die Bildung des neuen Ministeriums könne bereits für vollendet gelten, auch das Programm liege schon vor. Indes sei ihm gestern durch den Telegraphen aus Berlin die Nachricht zugekommen, ein königlich preussischer Kommissär mit Aufträgen, welche den gegenwärtigen Stand der deutschen Angelegenheit betreffen, sei bereits auf dem Wege. Dieser Umstand habe seine kaisert. Hoheit bestimmt, die Minister und ihr Programm einstweilen noch nicht kundzugeben, und er ersuche die hohe Versammlung bis zur Ankunft des preussischen Kommissärs der Veröffentlichung noch zu harren. Eine Zuschrift des Stadtkommandanten Deek meldet, daß ihm vom Ministerium der Auftrag geworden, über die gestern Abend vorgefallenen Excesse die genaueste Untersuchung einzuleiten. Einige Dringlichkeitsanträge wegen der gestrigen Excesse liegen vor.

Abg. Sucho beantragt, die Centralgewalt um die Entfernung der österreichischen Garnison anzuzeigen.

Aus der Pfalz, d. 11. Mai. Reichscommissär Eisenstuck hat seine Abberufung durch folgende Proclamation kundgegeben:

„An meine deutschen Brüder in der Pfalz! Vor wenigen Tagen kam ich in Eure Mitte mit dem heißen Wunsche im Herzen, Eurer glorreichen Erhebung für die deutsche Sache Kraft und Nachdruck zu geben. Der Auftrag, den mir das Ministerium Sagern ertheilte, ging dahin, Alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung in der Pfalz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert. Ich habe den Einmarsch der Euch feindlichen preussischen Truppen, welche ohne mein Wissen von dem Reichskriegsminister nach Landau commandirt waren, abgewehrt. Ich habe Befehl gegeben, keine militairische Macht die Grenzen dieses Landes überschreiten zu lassen, welche nicht der Verfassung zugethan ist. Ich habe dem Landesauschusse für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung seine gesetzliche Schranke und Grundlage gegeben, um Eurer patriotischen Begeisterung für die Freiheit und Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes gesetzliche Mittel und geordnete Leitung zu verschaffen. Das Ministerium Sagern ist der Meinung, daß ich durch diese Maßregeln meine Vollmacht überschritten und gegen den Willen der Nationalversammlung gehandelt habe! In diesem Augenblicke wird mir mein Mandat zurückgefordert; ich habe angehört, Bevollmächtigter für die Rheinpfalz zu sein. Vielleicht stehen schon jetzt die feindlichen Heere an Euren Grenzen, um einzurücken, sobald ich es nicht mehr hindern kann. Mit blutendem Herzen scheidet mich aus Eurer Mitte, wo ich so herzlichen Empfang, so aufrichtige Hingebung, so freudige Theilnahme an meinen schwachen Bestrebungen fand. Mein Dank bleibt Euch für immer! Gott schütze Deutschland! Gott schütze das brave Volk der Pfälzer! Kaiserslautern, den 11. Mai 1849. Eisenstuck.“

Mannheim, d. 11. Mai. Abgeordneter Eisenstuck war heute in Ludwigshafen, um mit dem dortigen Kommandanten sich über Alles zu besprechen; die Brücke bleibt abgebrochen, die Verbindung mit hier ist durch Kähne hergestellt. Eine bedeutende Menge (200 etwa) bairischer Soldaten ist in Ludwigshafen eingereicht worden, meist Beurlaubte, welche durch hier nach Rheinbaiern bestimmt waren. Ein großer Theil der Besatzung marschirte heute nach Kaiserslautern, namentlich Rekruten. Für den Soldaten sind neben Einquartierung noch täglich 30 Kr. bestimmt. Sechs Offiziere sind arretirt, 1 Offizier ist übergegangen. Zwischen heute und morgen kommen 6 Geschütze in Ludwigshafen an; im Ganzen besitzt der Landesvertheidigungsausschuß nun 60 Stück, welche aus Frankreich kamen [!!!]. Einige Unteroffiziere sind bereits zu Offizieren ernannt worden. — Dufour hat wegen vorgerückten Alters das Oberkommando abgelehnt.

Schwerin, d. 11. Mai. In der Sitzung der Abgeordneten-Versammlung überreichten die Großschwerinschen Commissarien in Antwort auf den von der Abgeordneten-Versammlung gefaßten Beschluß, welcher die sichere Erwartung ausspricht: daß die Regierung in der von ihr erklärten Anerkennung der Rechtsgültigkeit der von der deutschen National-Versammlung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung treu beharren werde, eine Erklärung, welche damit schließt: Wenn nun zwar durch diese unsere Anerkennung unsererseits jeder Anspruch auf Abänderung einzelner Punkte der Reichsverfassung ausgegeben ist, so hängt das Wirksamwerden derselben überhaupt, mithin auch für Mecklenburg, von einer der Verfassung entsprechenden Bildung des Reichsverbandes und Lösung der Oberhauptfrage ab. Nur erst dann, wenn dies verwirklicht worden, ist das Verfassungswerk für Deutschland als vollendet anzusehen, und erst dann wird für Uns die Verpflichtung vorhanden sein, solche Bestimmungen und Verfügungen zur Ausführung zu bringen, welche voraussetzen, daß die Verfassung, so wie sie beschlossen, und von Uns anerkannt ist, für Deutschland wirksam ins Leben getreten sei. Hieran werden Wir festhalten und auf dem bisher besolten Wege fortschreiten, wie das wahre Wohl des Landes es erfordert, und halten uns dabei der Anerkennung und Unterstützung des ganzen Landes versichert. Schwerin, den 11. Mai 1849. Friedrich Franz. L. von Lühov.

Sadersleben, d. 11. Mai. Auch die Preußen gewinnen täglich immer mehr Terrain. Bei der Einnahme der Stadt Weile zeichnete sich besonders die polnische Landwehr durch ein kühnes Manöver aus, das mit der rühmlichsten Tapferkeit ausgeführt vom entschiedensten Erfolg gekrönt wurde. Während nämlich eine Abtheilung der Preußen in Weile hinein und durch die Stadt hindurch drang, wurde selbige gleichzeitig von der polnischen Landwehr umgangen. Auf den nördlichen Anhöhen hatten die Dänen, von der Natur unterstützt, sehr starke Verschanzungen angelegt; diese wurden jedoch von den mit der größten Todesverachtung stürmenden Polen genommen und die Dänen besonders dadurch gezwungen, sich auf das eiligste weiter nördlich zurückzuziehen. Am demselben Tage wurden die preussischen Vorposten anderthalb Meilen jenseits Weile vorgeschoben, das Hauptquartier des Generals Hirschfeld folgte unmittelbar hinterdrein und gestern schon zogen die Preußen als Sieger in Horsens ein.

Aus Nord-Schleswig, d. 12. Mai. Man hat noch immer mit den Vorbereitungen zu thun, welche zum Angriffe auf die Festung Fredericia gemacht werden. Die Avantgarde der operirenden Nordarmee umschließt fortwährend das Festungsrayon und die Belagerer geben durch Aufrichten von Blockhäusern, welche vom diesseitigen Geschützfeuer bestrichen werden, zu verstehen, daß sie diese feste Position nicht aufs Geradewohl preisgeben gedenken. Man will zwar gestern zwei Dampfer und eine Menge Jachten vor Fredericia gesehen haben, die damit beschäftigt sein sollten, die Dänen von dort nach Fühnen hinüberzuführen; aber die Zurüstungen und Verschanzungen der Festungswerke dänischerseits führen zum Gegentheil. Für die Thatsache, daß die Dänen sich in Fredericia nicht halten können, spricht freilich der Umstand, daß eine feindliche Truppenabtheilung, welche von den tapfern Preußen nach Norden gedrängt ist, sich in großer Gefahr befindet, aufgehoben zu werden, und da die Verbindung zwischen Fredericia und Weile ihnen abgeschnitten ist, so kann die Festung von dieser Seite keine feindliche Verstärkung erhalten. Die Schleswig-Holsteiner arbeiten unablässig an der Aufrichtung von Schanzwerken. Von den Wällen der Festung, von den Schiffen und selbst von der Küste Fühnens her werden die diesseitigen Vorposten beschossen, wobei die Kanonenkugeln glücklicherweise wegen ihrer Entfernung und dem schlechten Richten der Geschütze keinen Schaden anrichten. Daß der Feind, wenn erst Fredericia in unseren Händen, im voraus einen Angriff auf die Insel Fühnen fürchtet, geht aus den Vorsichtsmaßregeln hervor, welche zu diesem Behufe getroffen werden. Mit dem Fernrohr ist deutlich bemerkt worden, daß die Dänen das Ufer bei Middelfahrt stark befestigen, dann liegt im Belt eine lange Linie von Kanonenböten, so wie Kriegsfahrzeuge, des Angriffs, aber wohl zunächst auf Fredericia, gewärtig.

Krakau, d. 10. Mai. Am 7. des Abends 8 Uhr sind wieder 8000 russische Infanterie mit 2 Batterien (12 Kanonen) hier angekommen, gestern 3 Schwadronen Ulanen und 12 Kanonen. Heute wird die Infanterie sammt den Kanonen auf der Eisenbahn über Kosel und Ratibor nach Dierberg befördert, von wo der ganze Truppentheil alsbald wiederum, mittelst der Eisenbahn, nach Wien aufbrechen wird. Bis heute Nachmittag 2 Uhr waren bereits drei Züge, deren jeder aus 21 Waggons bestand, von hier abgegangen. Heute erwarten wir die Cappeurs, morgen Husaren und Escherkessen. Darf man den Aussagen der Russen hier Glauben schenken, so sind zwei Korps, jedes in der Stärke von 100,000 Mann, gegen Ungarn bestimmt. (Schl. 3.)

Wien, d. 11. Mai. Die Pesther Zeitung vom 6. bestätigt das Gerücht, welches hier in Umlauf ist. Pesth wird in

der
Pesth
28
Sch
Die
Gesch
richte
den
geleg
fernte
Alles
sein,
geleg
auch
in ei
gerat
eine
fomn
sen,
Befa
richte
einer
litten
in F
lenz
ist ni
nahm
ger is
4te,
lons
Leopo
der A
Verfa
Minis
ster!
ich m
gründ
ist ein
freunt
Theil
einges
gerun
römis
heit g
aus d
ließen
einrück
getrag
Roms
ich ha
lung
pen n
unnüt
mein
sich n
taveck
und, s
chiften
gen W
lung l
ten ist

der That von Ofen aus bombardirt, und zwar, schreibt die Pesther Zeitung vom 6. d. um 4 Uhr Nachmittags, „seit vollen 28 Stunden“. Görgey hat am 4. begonnen, die Festung vom Schwabenberge, Adlersberge und Blocksberge aus zu beschießen. Die Besatzung antwortete auf diesen Angriff, indem sie ihre Geschütze gegen das friedlich zu ihren Füßen liegende Pesth richtete. Granaten und Bomben vom schwersten Kaliber wurden hinübergeworfen und richteten an den der Donau zunächst gelegenen Häusern gewaltigen Schaden an. In den weiter entfernten Stadttheilen war mittlerweile der Verkehr ungestört, Alles ging seinen Geschäften nach, sogar die Läden sollen offen sein, während viele Frauen und Kinder in das vor der Stadt gelegene Stadtwaldchen flüchteten. Das Feuer der Ungarn soll auch in der Festung nicht ohne Wirkung geblieben sein; es heißt in einem Privatbriefe, daß das Körnermagazin daselbst in Brand gerathen sei, und die Pesther Zeitung spricht davon, daß bereits eine Bresche geschossen sei und Görgey und Franzl den Festungs-Kommandanten neuerdings zur Uebergabe haben auffordern lassen, widrigenfalls Ofen mit Sturm genommen werde und die Besatzung über die Klingen springen müsse. (Spätere Nachrichten aus Wien vom 12. Mai wollen wissen, daß in Folge einer Schlappe, welche die Ungarn beim Angriff auf Ofen erlitten, sie die Beschießung Ofens eingestellt hätten und daß in Folge davon auch die Beschießung Pesths aufgehört habe.)

Aus Ugram wird gemeldet: „Das Armeecorps Sr. Exzellenz des Banus trifft am 6. und 8. in Eslegg ein; die Stärke ist nicht genau bekannt, doch so viel gewiß, daß es mit Ausnahme der Jäger eine rein slavische Armee ist. General Dittlinger ist mit 2 Kavalleriebrigaden den Truppen zugetheilt. Die 4te, 5te und 6te Compagnie des 5ten Brooder Grenz-Bataillons rücken ebenfalls nach Eslegg, und das 3. Bataillon von Prinz Leopold geht in Eilmärschen über Djakovar in derselben Richtung.“

Frankreich.

Paris, d. 11. Mai. Die Depesche, die gestern Abend der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in der National-Versammlung vorlas, lautet: Bericht des Obergenerals an den Minister. Hauptquartier Palo, d. 4. Mai 1849. Herr Minister! Wie ich Ihnen bereits anzuzeigen die Ehre hatte, setzte ich mich am 28. April in Marsch gegen Rom. Zwei Beweggründe bestimmten mich zu diesem Entschlusse: 1) Civitavecchia ist ein Punkt ohne Einfluß auf die römischen Staaten. Der freundliche Empfang, der mir und unseren Truppen dort zu Theil wurde, würde, so zu sagen, in den Mauern dieser Stadt eingeschränkt geblieben sein, und ich hätte mich durch Verlängerung meines dortigen Aufenthalts der Gefahr ausgesetzt, die römische Frage ohne den Frankreich in dieser großen Angelegenheit gebührenden Antheil gelöst zu sehen. 2) Es kamen mir aus den sichersten Quellen Nachrichten zu, die mich voraussetzen ließen, daß wir in Rom ohne Anwendung von Gewalt würden einrücken können. Die Dinge haben sich aber ganz anders zugezogen; unsere Truppen, die am 30. April unter den Mauern Roms eintrafen, wurden mit Kartätschen empfangen, und ich habe, nach einer starken Refognoisirung und in Ermangelung regulären Belagerungs-Materials, unsere braven Truppen nicht länger einem hinter starken Mauern verschanzten Feinde unnützerweise entgegenstellen zu müssen geglaubt. Ich habe mein Hauptquartier in Palo genommen; die Vorposten ziehen sich noch näher nach Rom. Die 3. Brigade ist eben in Civitavecchia gelandet. Sie werden die Offensiv wieder ergreifen und, seien Sie dessen sicher, in wenigen Tagen werden die Anarchisten, welche Rom in Schrecken halten (diese Stelle rief heftigen Widerspruch auf der linken Seite der National-Versammlung hervor), energische Züchtigung erhalten. Unseren Soldaten ist nichts vorzuwerfen, als eine übermäßige Bravour. Ich

bin aber fest entschlossen, ihrem Eifer nicht in einem Barrikaden-Kriege zu kompromittiren. Hegen Sie also keine Besorgniß über das definitive Resultat. Monsignore Valentini, den der Papst als Gouverneur von Civitavecchia bezeichnete, ist hier eingetroffen und hat mir einen Brief vom Papst eingehändigt, in welchem ein anderer vom Kardinal Antonelli lag. Ich barg diesem Prälaten den Vorbehalt nicht, den ich mir selbst aufgelegt, wie nützlich, ja wie wesentlich es für das Interesse des heiligen Vaters sei, daß man mir allein zu beurtheilen überlasse, was möglich sei. Monsignor Valentini schien die Rücksichten, die ich ihm auseinandersetzte, anzuerkennen und kehrt heute nach Gaeta zurück. Ich habe an Herrn von Roqueval geschrieben und ihn ersucht, Alles in Gaeta dafür aufzubieten, daß man mir freie Hand lasse. Dies ist um so nöthiger, als man sich in Gaeta den größten Täuschungen über den Geist der Bevölkerung hingiebt. (Sensation.) Ich behaupte nicht, daß dieser Geist dem gegenwärtigen Zustand der Dinge günstig sei, der nur dem Despotismus unter dem Schatten der rothen Fahne gleicht, den eine aus Anarchisten aller Länder bestehende Fraktion ausübt, aber ich sage, daß die Sympathien für die ehemalige Regierung bei weitem nicht so warm sind, als man dies voraussetzt. (Neue Bewegung.) Man liebt Pius IX. persönlich, aber man fürchtet sehr allgemein jede klerikalische Regierung. (Bewegung auf der linken Seite.) Die neapolitanischen Truppen, die der König in Person befehligt, haben das römische Gebiet betreten. Man sagt, ihre Bestimmung sei, die Provinz Belletri zu besetzen. Die Oesterreicher sind noch in Massa, wenigstens versichert man mir dies. Die Stadt Ancona ist von den Triumvirn in Belagerungszustand erklärt worden. Diese Herren erheben Steuern von der Bevölkerung zum Solde für 60,000 Mann Truppen; ich weiß aber, daß sie deren nicht mehr als 20,000 haben, und darunter können höchstens 6 bis 8000 theils Genueser, theils Lombarden, als kampfgewübte Soldaten gelten. Ich bin ic. (gez.) General Dudinot de Reggio. Nachschrift. Vater Ventura, durch die Lage Roms erschreckt, hat diese Stadt so eben verlassen. In Palo angekommen, wünschte er mich im Namen der Triumvirn zu sprechen. Die Herren Mazzini, Armellini und Saffi hatten ihn beauftragt, mir zu sagen, daß der Kampf vom 30. April nur ein Mißverständnis sein könne; daß es noch möglich sein könnte, die Dinge auszusöhnen, wenn ich einwilligte, eine neue Erklärung zu erlassen, die sich in deutlicher und bestimmter Weise dahin ausdrücke, daß Frankreich den römischen Staaten keine Regierung aufdringen wolle. (Bewegung in verschiedenem Sinne.) Ich habe dem Vater Ventura erwidert, daß ich die Absicht meiner Regierung genügend enthüllt hätte; (Bravo!) eine Absicht, die ganz liberal sei; und daß ich sicherlich nach dem, was vorgefallen, das Recht hätte, mich streng zu zeigen (oh, oh! zur Linken), ich aber so wenig davon Gebrauch mache, daß ich vielmehr jetzt noch bereit sei, in Rom als Freund einzuziehen, als Vermittler zwischen der Anarchie und dem Despotismus, welche die Bevölkerung bedrohen. (Beifall rechts.) Ich fügte hinzu, daß ich also handelnd im wahrhaften Interesse des römischen Volks zu handeln glaubte.“ (Wiederholter Beifall rechts.) Hr. Drouyn de Lhuys, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, fuhr fort: „Dieser Depesche lag noch ein Privatbrief bei, der indessen wenig Neues bietet. Die Stellen, die Sie interessieren können, lauten: „Ich habe der Depesche privatim nichts beizufügen. Die Lage ist ohne Zweifel verwickelt; aber ich bin überzeugt, daß sie sich unter der Fahne Frankreichs aufheilen wird. Es war unmöglich, diese Fahne nicht unter den obwaltenden Umständen hier zu entsalten, denn der Kampf, an dem wir theilnehmen, ist ein Kampf der Civilisation gegen die Barbarei.““ (Bewegung in verschiedenem Sinne.)

Tivoli-Theater

im Garten des Gasthofs zur Weintraube in der Siebichensteiner Allee.

Gleichwie wir im vergangenen Winter uns einer Reihe sehr gelungener Theater-Vorstellungen zu erfreuen hatten, welche uns die aufopfernde Thätigkeit des Herrn Director Bredow und seiner Gesellschaft bereitere, so dürfen wir auch jetzt mit den besten Erwartungen den Darstellungen im Tivoli-Theater entgegensehen, da dieselben ebenfalls von Herrn Director Bredow übernommen sind. Ein Tivoli-Theater trägt schon in sich selbst manche Schwierigkeiten, als z. B. die Abhängigkeit von dem Wetter u. s. w., auch eignen sich nicht alle Stücke zur Ausführung auf demselben, indessen wir dürfen der bewährten Einsicht und Gewandtheit des Herrn Director Bredow vertrauen, daß er, sofern und soweit es äußere Verhältnisse nicht hindern, uns gewiß viele genussreiche Abende verschaffen wird, und wünschen wir zugleich, daß seine Bemühungen durch recht zahlreichen Besuch des Tivoli-Theaters freundlich mögen anerkannt werden.

Mehrere Theaterfreunde.

Vereinigte Gemeinde.

Sonntag den 20. Mai früh 9 Uhr Herr Kaplan Lill aus Dresden.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 15. Mai.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	102	101 1/2	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	93 1/2	92 3/4
St. Schuldsch.	3 1/2	79 1/2	79	R. u. Am. do.	3 1/2	93 3/4	92 7/8
Sec. Pr. = Sch.	—	—	99 3/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur. u. Reum.	3 1/2	—	—	do. Lit. B. ga-	3 1/2	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	—	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	98 3/4	98 1/4	Pr. Pf. = A. = Sch.	—	87	86
do. do.	3 1/2	—	—	Friedrichsd'or	—	132 3/4	131 1/2
Wftr. Pfandbr.	3 1/2	85 1/2	—	And. Solbm. à	—	13 1/4	12 3/4
Großh. Pos. do.	4	—	96 3/4	5 f	—	—	—
do. do.	3 1/2	—	79 7/12	Disconto	—	—	—
Dftr. Pfandbr.	3 1/2	—	—				

Eisenbahn-Actien.

Stamm = Actien.	Sf.	Prioritäts Actien.	Sf.
Brl. Anst. Lit.	4	Berl.-Anhalt	4 87 B.
A. B.	4 76 B.	do. Hambg.	4 1/2 91 1/2 B.
do. Hamb.	4 52 1/4 G.	do. II. Serie	4 1/2 —
do. St. = St. r.	4 85 3/4 G.	do. Potsd. = M.	4 62 1/2 G.
do. Potsd. = M.	4 50 3/4 B.	do. do.	5 92 1/2 B.
Magd. = Hlbfk.	4 113 G.	do. Stettiner	5 103 B.
do. Leipziger	4 —	Magd. = Leipz.	4 —
halle = Thür.	4 49 1/4 B. 48 3/4 G.	Halle = Thür.	4 85 1/2 G.
Cöln = Rhin.	4 76 B. u. B.	Cöln = Rhin.	4 1/2 92 B. u. B.
do. Aachen	4 40 B.	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
Bonn = Cöln	5 —	d. I. Priorität	4 —
Düsseld. = Elf.	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Stee. Bohw.	4 —	Düsseld. = Elf.	4 —
Mühl. = Märk.	3 1/2 70 1/2 B.	Mühl. = Märk.	4 85 1/2 B.
do. Zweigbhn.	4 —	do. do.	5 98 G.
Ob. Schl. L. A.	3 1/2 91 3/4 B.	do. III. Serie	5 52 1/2 G.
do. Lit. B.	3 1/2 91 3/4 B.	do. Zw. bhn.	4 1/2 —
Cosel-Dverb.	4 —	do. do.	5 78 1/2 B.
Bresl. Freib.	4 —	Oberschl.	4 —
Kral. = Dbschl.	4 34 G.	Kral. = Dbschl.	4 70 B.
Berg. = Märk.	4 54 1/2 B.	Cosel-Dverb.	5 —
Starg. = Pos.	3 1/2 70 1/4 B.	Stee. = Bohw.	5 88 G.
Brieg-Neisse	4 —	do. II. Serie	5 —
Magd. = Wittb.	4 —	Bresl. = Freib.	4 —
		Berg. = Märk.	4 97 1/4 B.
		Anst. = Anst. = Stamm = Actien.	
Quitt. = B.		Leipz. = Dresd.	4 —
Kach. = Rast.	4 —	Ludw. = Verb.	4 —
		24 Fl.	4 —
Anst. = Ob.		Kiel-Alt. Sp.	4 —
Fr. = Mdb.	4 33 à 1/2 B.	Amst. = R. Fl.	4 —
do. Priorit.	5 91 1/2 B.	Mdlb. = Thlr.	4 31 B.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gelde.)

Magdeburg, den 15. Mai (Nach Wispela.)

Weizen	45	—	49	f	Gerste	20	—	21	f
Roggen	—	26	—	—	Hafer	14	—	16	—

Berlin, den 15. Mai.

Weizen nach Qualität	53—58	f
Roggen loco und schwimmend	24—25	f
pr. Frühjahr	82	f
Br.	23 1/4	G.
Mai/Juni	24	f
Juni/Juli	24 1/4	f
Br.	24	G.
Juli/August	23 1/4	f
Br.	25	G.
Sept./Octbr.	26 1/4	f
Br.	26 1/4	G.
Gerste, große, loco	20—21	f
kleine	18—20	f
Hafer loco nach Qualität	14—15	f
Rübel loco	13 1/2	f
Br.	13 1/2	G.
pr. Mai	13 1/2	f
Br.	13 1/2	G.
Mai/Juni	13 1/2	f
Br.	13 1/2	G.
Juni/Juli	13 1/2	f
Br.	13	G.
Juli/August	13 1/2	f
Br.	13	G.
Aug./Sept.	13	f
Br.	12 1/2	G.
Sept./Oct.	12 1/2	f
Br.	12 1/2	G.
Octbr./Novbr.	12 1/2	f
Br.	12 7/12	G.
Reinöl loco	10 1/2	f
Spiritus loco ohne Faß	14 1/2	f
bj u. G.		
pr. Mai/Juni	14 1/2	f
bj u. G.		
Juni/Juli	15	f
Br.	14 1/4	G.
Juli/August	15 1/2	f
Br.	15 1/2	G.
August/Sept.	16	f
Br.	15 3/4	G.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 15. Mai Abends 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 8 Zoll.
am 16. Mai Morgens 6 Uhr am Unterpegel 6 Fuß 8 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 15. Mai Nr. 5 und 5 Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 15. bis 16. Mai.

Im Kronprinzen: Hr. Stadtsyndikus Desterley u. Hr. Director Kummann a. Göttingen. Die Hrn. Kauf. Franke a. Düsseldorf, Ströfenreuter a. Erfurt, Koch a. Bielefeld. Hr. Fabrik. Kraft a. Leipzig. Hr. Ober-Appellat.-Ger.-Rath Reinhardt u. Hr. Ober-Staats-Anwalt Büchtemann a. Naumburg. Hr. Zimmermstr. Donner a. Braunschweig.

Stadt Zürich: Hr. Rittersgutsbes. v. Streit m. Gem. a. Leimbach. Frau Oberförster Goldmann a. Siegelrode. Die Hrn. Kauf. Burghardt m. Fam. a. Berlin, Müller a. Nordhausen. Hr. Amtm. Sander m. Fam. a. Neufkirchen. Hr. Refer. Nelson a. Meise. Hr. Lieut. Köbiger a. Breslau.

Goldnen Ring: Hr. Lieut. v. Kobenthal a. Köln. Hr. Amtm. Weisgand a. Peitz. Hr. Rent. Barfuß a. Eisenach. Die Hrn. Kauf. Werner a. Osterwieck, Kugel a. Leipzig, Fröhlich a. Magdeburg.

Englischer Hof: Hr. Bergbeamter Schäfer a. Kassel. Hr. Banquier Burchardt a. Berlin. Die Hrn. Gutsbes. Gehhardt a. Quersfurt, Beyer a. Strelitz, Schimmel a. Duesiß.

Goldnen Löwen: Hr. Dr. Schrader a. Berlin. Hr. Mühlenbes. Mattheis a. Braunschweig. Hr. Mechanikus Kneißel a. Pommern. Hr. Tuchfabrik. Beckstein a. Luckau. Die Hrn. Kauf. Cofse a. Berlin, Rose a. Magdeburg.

Stadt Hamburg: Die Hrn. Kauf. Wernthal a. Magdeburg, Frankm. Sem. a. Elberfeld, Stegmann a. Barmen, Dittmar a. Berlin. Hr. Gutsbes. Hofstner a. Wernsdorf.

Schwarzen Bär: Hr. Defon. Rubel u. Hr. Gastwirth Wittreuter a. Schraplau. Hr. Conduct. Ewald a. Bitterfeld. Hr. Gastgeber Kraemer a. Brehna.

Goldne Kugel: Hr. Amtm. Mehnert a. Gölzern. Hr. Mühlenbes. Franke a. Wangel. Hr. Dr. Schmidt a. Thüringen. Hr. Defon. Sanne a. Sangerhausen.

Zur Eisenbahn: Hr. Baron v. Trebnitz u. Hr. Kaufm. Lehmann a. Berlin. Hr. Dr. med. Cauer u. die Hrn. Kauf. Rien a. Dresden, Braune a. Leipzig, Siebner a. Apolda.

Deutschland.

Berlin, d. 15. Mai. Wir freuen uns berichten zu können, daß die Verhandlungen der preussischen, bairischen, sächsischen und hannoverschen Regierungen wegen Bildung des deutschen Bundesstaats auf Grundlage der von der deutschen National-Versammlung entworfenen Verfassung mit den zur Beseitigung der entstandenen Bedenken geeigneten Abänderungen einen nahen und glücklichen Ausgang versprechen. Mit Oesterreich würde dieser Bundesstaat eine ewige Union schließen und auf diese Weise durch beide Staatskörper, deren einer ganz deutsch, der andere aber deutsche, slavische, magyarische und romanische Völkerstämme unter einem deutschen Herrscherhause verbindet, eine dauernde mitteleuropäische Macht von etwa 70 Millionen Bewohnern verschaffen, welche der deutschen Nation die bedeutendste Stellung im europäischen Staatensystem und die freieste politische Entwicklung sichern würde. Das Einverständnis Oesterreichs mit einer solchen Verbindung und seiner Anerkennung des Bundesstaats mit Preußen als Bundeshaupt ist nicht mehr zweifelhaft. Vergleichen wir hiermit die Projekte der demokratischen Partei, so sind dieselben, wie es scheint, auf eine deutsche, eine polnische und eine magyarische Republik gerichtet: für den Augenblick würde die letztere einige Aussicht auf Verwirklichung haben, wenn es der Begeisterung der Magyaren, den mit ihnen verbundenen Slaven und ihrem Zuzuge aus andern Ländern Europas gelänge, die verbundene Macht der österreichischen und russischen Regierung zu überwinden. Was würde aber das Schicksal der in jenem östlichen Gebiet sesshaften deutschen Stämme, der siebenbürgischen Sachsen, der zahlreichen deutschen Bürger in den Städten Ungarns und Syriens sein? Noch trauriger wären die Aussichten der östlichen deutschen Stämme, wenn die projektierte polnische Republik gelänge, welche viele der edelsten Glieder des deutschen Völkerganzes sich aneignen oder doch von dem übrigen Deutschland absondern und unterbinden würde. Und nun vollends die auf den Trümmern aller bisherigen politischen Organisationen Deutschlands zu erbauende deutsche Republik: welcher besonnene Freund des Vaterlandes wird nicht in ihr ein Trugbild erblickt, mit unserm wirklichen Dasein, mit unseren materiellen und geistigen Interessen unbekannter Köpfe des Auslandes erkennen! Jene Einleitungen der deutschen Regierungen schließen sich dagegen den Absichten, welche die deutsche National-Versammlung in ihrer besseren, freieren Periode als die richtigen erkannte, insbesondere denen Heinrichs v. Gagern, ehe sie mittelst der unnatürlichen Koalition der österreichischen mit den demokratischen Abgeordneten unheiliger Weise ganz widersprechende und unausführbare Zusätze erhielt, enge an. Sie versprechen uns eine Zukunft, wie sie keine der anderen Nationen Europa's bisher zu erringen vermochte: sie bahnen eine organische Verbindung der ganzen germanischen Völkerfamilie an. Diese Einleitungen können und werden gelingen, wenn die ächten Söhne Deutschlands, die wahren Freunde des konstitutionellen Königthums, sich versöhnen und vereinigt für deren Verwirklichung den Anfeindungen der demokratischen Parteiführer, der französischen und polnischen Agitatoren, der Partikularisten und Reaktionsaire in den deutschen Einzelstaaten gegenüber ankämpfen. Die bevorstehenden Wahlen für die preussische zweite Kammer und für das deutsche Volkshaus werden den Schauplatz dieses Kampfes eröffnen. Die Gewalt des Aufbruchs vermag diese Frage nicht zu lösen: sie wird die höhere Gewalt des Schwertes über sich heranziehen und nach Anrichtung vielen Unheils resultatlos niedersinken. Die Stimmzettel und der durch sie sich ausprechende Geist des deutschen Volks sind es, welche den endlichen Sieg des einen oder andern Ban-

ners, des schwarz-roth-goldenen oder des blutig-rothen, entscheiden werden: möge das erstere bald im frischen, siegreichen Glanze strahlen!
(D. R.)

Kassel, d. 12. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages kamen auf Anregung der Städte Hanau und Marburg aus den bedeutendsten Orten Kurhessens Deputationen hier an, um von den Ministern energische Schritte zur Erhaltung und Vertheidigung der Reichsverfassung zu fordern. Gegen Abend vereinigte sich diese Deputation unter dem Präsidium Bayrhoffer's zu einer gemeinschaftlichen Berathung, welcher eine Adresse der Hanauer zu Grunde gelegt ward. — Folgende Städte Kurhessens waren — meist nicht bloß durch Repräsentanten des Stadtraths und Bürgerausschusses, sondern auch aller politischen Vereine — vertreten: Kassel, Hanau, Marburg, Fulda, Hersfeld, Rotenburg, Melsungen, Gelnhausen, Salmünster, Steinau, Schlüchtern, Wetter, Amöneburg, Frankenberg, Rauschenberg, Freysa, Frixlar, Beckerhagen. — Die wichtigsten Punkte aber, welche vom Ministerium zu verlangen nach lebhafter Debatte beschlossen wurde, sind diese: 1) [Einstimmig]: Daß das gesammte Kurhessische Volk sofort auf die Reichsverfassung beeidigt werde, insbesondere das Militair und die Beamten. Der Kurfürst soll die eidliche Angelobung in die Hände des Staatsministeriums und des permanenten ständischen Ausschusses niederlegen. 2) Daß die Reichsverfassung mit allen Mitteln geschützt, insbesondere allen Truppen derjenigen Deutschen Staaten, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, der Durchzug verweigert, im äußersten Falle ihnen aktiver Widerstand entgegengesetzt werde. 3) Daß die Regierung nicht bloß den Berliner Decretirungscongress nicht beschicke, sondern auch durch ihren Gesandten bei der Centralgewalt dagegen öffentlich und nachdrücklich protestire. 4) Daß die Kurhessische Regierung jeden diplomatischen Verkehr mit allen Deutschen Regierungen, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, unverzüglich abbreche (eine sehr bedeutende Minorität verlangte statt dessen die Ausstellung der Pässe an den Preussischen Gesandten) und den Telegraphen zwischen hier, Frankfurt und Berlin — nach Entfernung der Preussischen bei ihm angestellten Beamten — unter Staatsiegel lege. (Ztg. f. R.)

Die Städtedeputationen haben auf ihre Adresse an das Staatsministerium heute Morgen folgende Antwort erhalten:

Die Staatsregierung hat den Standpunkt, welchen sie in der deutschen Verfassungsfrage einnimmt, in der veröffentlichten Circularverfügung des Ministeriums des Innern vom 8. d. M. ausgesprochen und erblüht mit Befriedigung in der von den Abgeordneten einer Anzahl Vereine und Gemeinden des Landes heute überreichten Eingabe im Allgemeinen den Ausdruck einer mit jenem Standpunkt übereinstimmenden Ansicht.

Die Nothwendigkeit, jene öffentlich dargelegten Grundsätze durch die That zu bewähren, ist keinen Augenblick verkannt worden, und es wird die Regierung auch ferner ihre Verpflichtung erfüllen, die Maßnahme zur Durchführung der Reichsverfassung, soweit dies Kurhessen angeht, ihrerseits fest in die Hand zu nehmen, dagegen aber auch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die im Lande herrschende Bewegung vom Boden des Gesetzes forttreibe.

Die Absendung eines Deputirten zu dem von der Krone Preußens vorgeschlagenen Congresse ist von der Regierung abgelehnt worden, auch hat dieselbe die Ueberzeugung erlangt, daß die Absendung von solchen Deputirten durch keine Regierung derjenigen Staaten geschehen wird, welche die Reichsverfassung anerkannt haben.

Im Einverständnis mit diesen Staaten wird die kurhessische Regierung die Durchführung der Reichsverfassung in jeder zulässigen Weise anstreben. Es ist einleuchtend, daß eine solche Durchführung und ein Schutz der Verfassung gegen etwaige Angriffe nur möglich ist im engen Anschlusse an die Centralgewalt und die Nationalversammlung und im Einverständnis mit den gleichgefinnten deutschen Staaten. Die kurhessische Staatsregierung wird nicht säumen, alle aus dieser Aufgabe entspringenden Verpflichtungen zu erfüllen und dahin

zu wirken, daß ein Angriff auf die Verfassung die zu ihrem Schutze verbündenen Staaten zur Abwehr, und zu gegenseitigem Beistande gerüstet finde.

Eine Betheiligung der Volkswehr in dieser Richtung soll eintreten, sobald dies nothwendig wird, und es sind bereits die erforderlichen Anordnungen eingeleitet, um die bestehende Volkswehr durch eine geeignete Organisation hierzu tauglicher zu machen, auch die Mängel ihrer Ausrüstung und Ausbildung nach Kräften zu beseitigen. Die Regierung wird in dieser Richtung jede thunliche Thätigkeit entwickeln und sich zu dem Ende, wenn es erforderlich werden sollte, sei es um gesegnete Vorkehrungen zu treffen, sei es um über Geldmittel verfügen zu können, der landständischen Unterstützung zu versichern suchen.

Die Beerdigung des Volkes — einschließlich des Militärs und der Beamten — auf die Reichsverfassung wird erfolgen. Doch gebietet die Rücksicht auf das, in der gegenwärtigen Lage so dringend nothwendige, Einvernehmen mit den gleichgesinnten Regierungen, daß dieser Schritt nur im Einverständnis mit denselben vorgenommen werde, zu welchem Zwecke die nöthige Einleitung bereits getroffen ist.

Aus diesen Mittheilungen werden die Herren Deputirten der dahier zusammengetretenen Vereine u. die Ueberzeugung entnehmen, daß die Regierung der Schwere ihrer Aufgabe und der Verantwortlichkeit sich bewußt ist, welche daraus nach allen Seiten ihr erwächst. Sie werden ebenso bei genauer Würdigung der augenblicklichen politischen Lage Deutschlands die Nothwendigkeit erkennen, mit Besonnenheit jegliche Maßnahme zu vermeiden, welche eine angreifende feindselige Handlungsweise enthaltend, die Spaltung vergrößern, und, von einer Einzelregierung ausgehend, das Einvernehmen und das gemeinsame Handeln mit den gleichgesinnten Staaten beeinträchtigen würde.

Die Regierung hofft, daß die Herren Deputirten zum Wohle des deutschen wie unseres engeren Vaterlandes dadurch mitwirken werden, daß sie in der Heimath eine ernste gesegnete Haltung des Volkes stützen und die beruhigende Ueberzeugung befestigen, daß die Regierung mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft jeden Angriff auf die Reichsverfassung abwehren werde, es möge nun ein solcher durch absolutistische oder republikanische oder anarchische Tendenzen geleitet werden. Kassel, am 12. Mai 1849.

Kurfürstliches Gesamtstaatsministerium.

Baumbach. Schenk zu Schweinsberg. Eberhard.

G. W. Wippermann. Bodecker.

Sogleich nach Verlesung des Ministerialschreibens wurde eine Kommission zur Begutachtung erwählt, welche denn auch schon diesen Nachmittag in öffentlicher, außerordentlich zahlreich besuchter Sitzung ihren Bericht ablas. Dieser ging wesentlich dahin: daß man zwar einige Punkte als erledigt ansehen könne, dagegen bei den hauptsächlichsten entschieden beharren müsse, bei der sofortigen Beerdigung des Volkes (insbesondere der Beamten und des Militärs) auf die Reichsverfassung und bei einer gehörigen Organisation der Volkswehr, in welcher Rücksicht gerade die Regierung die Selbstthätigkeit des Volkes nicht beschränken (nicht Alles von Oben herunter thun) solle. Diese Kommissionsanträge wurden auch angenommen; irre ich nicht, mit voller Stimmeneinhelligkeit. — Indes hat die Regierung noch diesen Nachmittag einen Erlaß zur Ausführung der Volkswebung publizirt, der wenigstens beweist, daß auch sie endlich Hand ans Werk legen und es nicht bei den bloßen Redensarten bewenden lassen will. Dieser Erlaß hat weit mehr, als die obige, sehr in modern-diplomatischem Gewande abgefaßte Antwort, befriedigt. Die Deputirten, welche zum Theil heute Abend abreisen, haben das Bureau beauftragt, die Erwiderung der Minister auf die erneute Vorstellung in Empfang zu nehmen. (B. f. D.)

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 14. Mai.

Die Sitzung wird um 10 Uhr eröffnet. Nach der Verlesung des Protokolls meldet der Vorsitzende den Austritt der Abgg. v. Ende, Giesebrecht, Fuchs aus Breslau, v. Scherpenzeel und Schönmaiers aus Luxemburg und Limburg. Herr v. Scherpenzeel giebt folgende Erklärung ab: Protest von dem Endesunterzeichneten, Abgeordneten bei der deutschen Nationalversam-

lung für das Herzogthum Limburg dem Herrn Präsidenten der genannten Versammlung übergeben. In Erwägung, daß in Folge des Beschlusses der konstituierenden deutschen Nationalversammlung vom 12. Juli 1848, der deutsche Bund, so wie er durch den Wiener Kongress im Jahre 1815 konstituiert worden, zu existiren aufgehört hat; in Erwägung, — daß der neue Staat, welchen zu konstituiren die genannte Nationalversammlung berufen worden, nicht in Kraft getreten ist; in Erwägung, daß bis zum heutigen Tage den Beschlüssen der genannten Versammlung v. 19. Juli und 25. Nov. 1848 keine Folge geleistet worden: — in Erwägung, daß die doppelte Stellung, worin sich das Herzogthum Limburg, sowohl Deutschland als dem Königreiche Holland gegenüber, befindet, ein unnatürlicher Zustand ist, in welchem ein Volk unmöglich existiren kann; — in Erwägung, daß die politische Stellung Deutschlands die jetzige Lage des genannten Herzogthums Limburg völlig unhaltbar macht; — in Erwägung, daß Deutschland einerseits von einem Rückfall zum Absolutismus und andererseits von der Anarchie bedroht wird; — in Erwägung, daß die Limburger eine liberale Constitution haben und sich folglich dem Verluste ihrer Freiheiten nicht aussetzen können; — in Erwägung, daß die republikanische Regierungsform den Limburgern nicht genehm sein kann: so erfüllt der Endesunterzeichnete, alleiniger jetzt hier anwesender Abgeordneter für das Herzogthum Limburg, jedoch sprechend und handelnd im Namen seines Kollegen, des Herrn A. Schönmaiers, indem sie nur das Wohl des Landes, das sie zu vertreten die Ehre haben, berücksichtigen, die traurige Pflicht, gegen die fernere Vereinigung des Herzogthums Limburg mit Deutschland zu protestiren. Er legt sein Mandat als Abgeordneter nieder, und zeigt, in Vereinigung mit seinem Kollegen, Herrn A. Schönmaiers, durch dieses den Austritt aus der konstituierenden deutschen Versammlung an. So gelassen Frankfurt, 14. Mai 1849. B. Scherpenzeel. (Ruf auf der Linken: Hinaus mit Scherpenzeel! Was will er hier? Aufregung in der Versammlung. Hr. v. Scherpenzeel entfernt sich.) — Die konstituierende Landesversammlung zu Hesse-Nassau übersendet ein Anerkennungs schreiben an die deutsche Reichsversammlung. — Eine große Reihe von Zustimmungsbrieffen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands sind eingelassen, unter andern eine Adresse aus Berlin mit 9000 Unterschriften. Der Vorsitzende theilt der Versammlung mit, daß Seine kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichserbeherberger ihn habe einladen lassen, sich heute Morgen zu ihm zu begeben. Se. kaiserl. Hoheit theilte demselben mit, daß er mit der Bildung des neuen Ministeriums eifrig beschäftigt, und daß die Bildung desselben bereits für vollendet gelten könne, das Programm des Ministeriums liege gleichfalls vor. Wenn Se. kaiserl. Hoheit mit der Bekanntmachung zögere, so gelte es aus dem Grunde, weil ihm gestern durch den Telegraph sei gemeldet worden, daß die preussische Regierung einen Kommissär mit Aufträgen nach Frankfurt gesendet habe, welche sich auf die gegenwärtige Lage Deutschlands bezögen. Er ersuche daher die hohe Versammlung dringend, ihm diese kurze Frist zu gestatten. — Hierauf erwähnt der Vorsitzende der gestern vorgefallenen Straßeneresse. Der Vorsitzende hat sich heute Morgen zu dem interimistischen Kriegsminister v. Peucker begeben, der ihm erklärte, daß ihm von diesen Vorfällen bis heute 9 Uhr nichts bekannt geworden. (Pfui! links.) Daß er jedoch aus dem, was er so eben durch den Präsidenten erfahren, Veranlassung nehme, Mittheilungen zu fordern und die strengste Untersuchung einleiten werde. — Abg. Schöffel stellt in Bezug auf die gestrigen Erreife den Dringlichkeitsantrag, die Nationalversammlung erkläre, daß sie die Sicherheit ihrer Beratungen und ihrer Persönlichkeiten so lange als gefährdet betrachte, als sich Militär aus verfassungsfeindlichen Staaten in Frankfurt befinde. — Der Vorsitzende verliest hierauf eine ihm soeben zugekommene Zuschrift des Stadtkommandanten Major Deeg, worin derselbe meldet, daß er von dem Ministerium mit der genauesten Untersuchung über die gestrigen Abend vorgefallenen Erreife beauftragt worden ist. — Abg. Nauwerck stellt einen Dringlichkeitsantrag auf Entfernung des Militärs verfassungsfeindlicher Staaten von Frankfurt. Abg. Fuchs stellt einen dringlichen Antrag auf Entfernung der hier garnisonirenden österreichischen Truppen. Bei der Abstimmung durch Stimmzettel stellt sich heraus, daß 147 für und 147 gegen die Dringlichkeit stimmten, der Vorsitzende erklärt daher die Dringlichkeit für abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Löwe aus Galbe, die Sitzung bis 4 Uhr zu suspendiren und den Herrn Reichskriegsminister einzuladen, der Sitzung beizuwohnen, wird angenommen; dagegen wird ein Antrag des Abg. Simon aus Trier, dahin gehend, den Dreißigerauschuß, an welchen obige Dringlichkeitsanträge verwiesen worden, anzuweisen, in der Nachmittagsitzung darüber zu berichten, mit 163 gegen 147 St. abgelehnt. Ueber einige persönliche Bemerkungen des Abg. Jordan aus Berlin entspinnt sich hierauf noch eine kurze unerquickliche Debatte. Schließlich meldet der Vorsitzende, daß die Abgg. Kaumer aus Dinkelsbühl und Simon aus Stargard zu Schriftführern gewählt worden sind. — Schluß der Sitzung 11 3/4 Uhr.

Bekanntmachungen.

Nachverzeichnete Briefe sind an die designirten Empfänger nicht zu bestellen gewesen und deshalb zurückgeschickt worden. Die Absender werden zur schleunigen Abholung und Auslösung hiermit aufgefordert.

- 1) An Frau König in Leipzig.
- 2) An Hrn. Dr. Ziegler in Leipzig.
- 3) An Hrn. Voigt dahin.
- 4) An Hrn. Schwalbe dahin.
- 5) An Frau Scharlach dahin.
- 6) An Hrn. Dietrich in Zschortau.
- 7) An den Kellner H. A. Carl in Leipzig, mit $1\frac{1}{3}$ Rth.
- 8) An Fräul. Ulwine Linde in Landsberg.
- 9) An Hrn. Scheuber & Bartels in Neuwied.
- 10) An Hrn. Th. Wolff in Berlin.
- 11) An Hrn. Gastwirth Mende in Halle.
- 12) An Hrn. Johann Grauel in Holzangel b. Greußen.
- 13) An Hrn. Baron von Brand-Lindau in Schmerwitz.
- 14) An Hrn. Schoon in Berlin.
- 15) An die Wittwe Dels dahin.
- 16) An Hrn. Ofenfabrikant Weiß in Delitzsch.
- 17) An Hrn. Ziemann in Gorskleben.
- 18) An den Herrn Besitzer des Guts Deutsenthal.
- 19) An Hrn. Carl Schimpf in Magdesprung.
- 20) An Hrn. J. F. Hoffmann in Eisenberg.
- 21) An Hrn. Aug. Schmidt in Raumburg.
- 22) An Hrn. Secretair A. Gerstcker in Naundorf.
- 23) An Hrn. August Müller in Lützen.
- 24) An Hrn. Mülnermeister Klamm in Neustädt.
- 25) An Hrn. Aug. Fromm in Ballenstädt.
- 26) An Hrn. Nicolai Melzer in Berlin.
- 27) An Hrn. Schriftfeger Fr. Frachet dahin.
- 28) An Hrn. Aug. Pöster in Seithain.
- 29) An Hrn. Carl Müller in Berlin.
- 30) An Hrn. Pfeifenfabrikant Vogt in Leipzig.
- 31) An Hrn. Alfred Curi in dahin.
- 32) An Hrn. Dr. G. L. Ziegler dahin.

Halle, am 16. Mai 1849.

Königl. Ober-Post-Amt.
Göschel.

Nothwendiger Verkauf
beim

Königl. Preuss. Land- u. Stadtgericht zu Halle a. d. S.

Das hier selbst in der großen Steinstraße sub Nr. 182 belegene, dem Hutfabrikanten Johann Georg Stagin aus gehörige Wohnhaus nebst Seiten- und Hintergebäuden und sonstigem Zubehör nach der, nebst Hypotheken-Schein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Taxe abgeschätzt auf 9429 Rth 27 Sgr 1 Pf, einschließlich 250 Rth Taxwerth verschiedener, von einem Miether beanspruchter Pertinenzien, soll

am 22. August 1849 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst, Zimmer Nr. 6, vor dem Deputirten Land- und Stadtgerichtsrathe Stecher meistbietend versteigert werden.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 8. zum 9. April d. J. sind mittelst Einsteigens aus dem Stalle des Schaafschen Gehöftes zu Gortenz,

ein dunkelblaues Tuchbeinkleid, eine eingehäufte silberne Taschenuhr mit gelber Kapsel, arabischen Ziffern und der Aufschrift Breguet à Paris, in gleichen einer aufgehenden Sonne auf der Rückseite, mit daran befindlichem messingenen Uhrschlüssel, ein grüneidener Geldbeutel mit 1 Rth in $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{12}$ Stücken, ein schwarzseidenes Halstuch, eine dunkelgrüne Tuchmütze mit Lederschirm und Sturmband, eine Tabackspfeife aus schwarz und weißen Hornringen zusammengesetzt mit einem Porzellankopfe, auf welchem ein Schimmel abgebildet ist,

entwendet worden. Es wird gebeten, auf den Dieb und die entwendeten Gegenstände zu vigiliren.

Halle a/S., am 14. Mai 1849.

Die Königl. Staatsanwaltschaft.

Bekanntmachung.

Die den brauberechtigten Hausbesitzern der Altstadt Eisleben zugehörigen beiden Brauhäuser

- A. Nr. 61/266 in der Buchergasse, abgeschätzt auf 3373 Rth 2 Sgr 6 Pf,
- B. Nr. 970 im Hasenwinkel, abgeschätzt auf 3623 Rth 17 Sgr 6 Pf,

sollen

den 18. October d. J. Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle meistbietend verkauft werden.

Taxe und neuester Hypothenschein liegen in der Registratur zur Einsicht bereit.

Die unbekanntenen Realprätendenten werden zu obigem Termine bei Vermeidung der Präclusion mit vorgeladen.

Eisleben, den 17. März 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Der Richter

Slevogt, DLGerichts-Assessor.

Einen Barbiergehilfen sucht F. Bier-tümpel, alter Markt Nr. 699.

Halle, den 16. Mai 1849.

In der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer) in Halle ist zu haben:

Der Arzt für Auswanderer.

(Preis 15 Sgr.)

Vom 16. d. M. sind die Wellenbäder bei Unterzeichnetem eröffnet.
C. F. Teuscher.

Taubstumm-Anstalt.

Die geehrten Damen des Frauenvereins ersuche ich hierdurch ergebenst, die Beiträge für 1849 dem Unterzeichneten noch im Mai gütigst zugehen zu lassen.

Halle, den 14. Mai 1849.

Kloß.

Mouffirende Weine, Maitrank, Limonaden, Selters-, Soda- und Bitterwasser in Champagner- und Saugeslaschen, sowie Limonaden- und Maitrank-Essenz aus der Fabrik von C. Meyer & Comp., empfehlen

Mesmer & Timmler.

Bekanntmachung.

Auf den 23. Mai Vormittags 10 Uhr sollen bei dem Schäfer Nuckelt in Sandersdorf verkauft werden:

- 1) eine vierjährige Kuh,
- 2) drei und dreißig Stück Schaaf, und
- 3) ein dreijähriger Hauer.

Sandersdorf, den 16. Mai 1849.


Die Ortsbehörde,
Reichenbach.

Ein zuverlässiger Commis, der gewandter Detailist sein muß und zum 1. Juli oder auch sogleich eintreten kann, wird für ein lebhaftes Material-Geschäft in einer kleinen Stadt gesucht. Frankirte mit S. M. bezeichnete Anträge besorgt die Expedition des Couriers.

Eine frequente Schenkwirtschaft in hiesiger Stadt ist Familienverhältnisse halber sofort vortheilhaft zu verkaufen; auch können $\frac{2}{3}$ der Kaufsumme darauf stehen bleiben. Näheres bei C. Heyne in Weissenfels.

Römischer Circus in Halle,

Direction des **Alessandro Guerra.**
Unwiderruflich zum Beschluß große **Damenvorstellung** mit neuen Abwechslungen, worüber die Tageszettel das Nähere besagen. Anfang $7\frac{1}{2}$ Uhr Abends.

 Morgen, Freitag den 18. Mai, Abreise der Gesellschaft.

Während des Jahrmarktes in Lauchstädt befindet sich im Königlichen Posthause

ein bedeutendes Seiden- und Mode-Waaren-Lager, enthaltend französische u. Wiener Umschlagetücher, Decken- und Sommertücher, seidene Waaren, Mouffelin de laine, Jaconets, Lüstrien, Orleans, Tibet, Cattune, Möbel-Damaste, Cravatten-Tücher, Buckskin, Westensstoffe, schwarze und bunt-seidene Halstücher, seidene Taschentücher und noch mehrere in dieser Branche vorkommende Artikel und versprechen wir die billigsten Preise.

Nur im Königlichen Postgebäude bei Hrn. Rummel.

Bekanntmachung.

Die Einberufung der Landwehr entzieht auch in diesem Jahre wieder vielen armen Familien ihre Ernährer. — Schon im verflossenen Jahre sind von unsern geehrten Mitbürgern bei gleichem Anlaß reiche Gaben gespendet, um die Sorge der Landwehrmänner um ihre Angehörigen und die Noth der Letztern zu mindern. — Wir zweifeln nicht, daß derselbe wohlthätige Sinn noch jetzt in unserer Stadt lebt und daß ein Jeder gern nach Kräften dazu beitragen wird, das Loos derer zu erleichtern, welche berufen sind, uns vor äußern und innern Feinden zu schützen, damit sie diesen Beruf mit Freudigkeit und Hingebung erfüllen.

Indem wir daher an unsere Mitbürger die Bitte um reichliche Gaben zu diesem Zwecke richten, erklären wir, die Unterzeichneten, uns zu deren Annahme bereit und bemerken, daß auch die kleinste Gabe gern angenommen wird.

Halle, den 14. Mai 1849.

Boitze, Factor. Colberg, Apotheker. Friedrich I., Lederhändler. Fritsch, Rechts-Anwalt. Heise, Stadtrath. Helm, Zimmermeister. Jacob, Kaufmann. Jentsch II., Fabrikant. Niemer, Rechts-Anwalt. Wagner, Stadtrath.

Die unterzeichneten städtischen Behörden können nicht umhin, vorstehende Auforderung angelegentlich zu befürworten und an die stets wohlmeinenden Bewohner hiesiger Stadt die Bitte zu richten: daß Jeder nach Kräften dazu beitrage, die Sorge um ihre bedürftigen Familien denen abzunehmen, welche in treuer und redlicher Erfüllung ihres Berufes dem Vaterlande und dem Gemeinwohle ihre Dienste leisten.

Halle, den 15. Mai 1849.

Der Magistrat.

Die Stadtverordneten.

Versicherungen gegen Hagelschaden für die
„**Neue Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft**“
nimmt fortwährend an der Agent **E. G. Brutschke** in **Vibra**.

Einem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich jetzt Märkerstraße Nr. 409 wohne; ich werde stets bemüht sein, reelle und prompte Arbeit zu liefern, und dabei die möglichst billigsten Preise stellen. Jede in dieses Fach einschlagende Arbeit nimmt freundlichst entgegen
R. Toppel, Maler.

Einem geehrten Publikum und unsern werthesten Kunden zeigen wir ergebenst an, daß die gewünschten Umschlage- und Deckentücher, $\frac{3}{4}$ und $\frac{1}{2}$ breit, schwarzer Taffet und Mouffelin de laine wieder angekommen sind.

Gebr. Sundermann,
Seiden- und Modewaarenhandlung,
Leipzigerstraße Nr. 324.

Krischer Kalf
Sonabend den 19. und Montag den 21.
in der Ziegelei zu Trotha.

Versicherungen gegen Hagelschaden bei der Leipziger Gesellschaft werden fortwährend angenommen.

Ed. Benold in Halle,
Steinstraße Nr. 173.

Saure Gurken, fest und von vorzüglichem Geschmack, empfehle ich sowohl in Gebinden, als auch im Einzelnen zur geneigten Abnahme.
Robert Lehmann.

Das Bitterfeld'sche Derig'sche Personenzuhrwerk befindet sich nicht mehr im Gasthof zum schwarzen Bär, sondern im **blauen Hekt**.

Am großen Berlin Nr. 433 ist die untere Wohnung, bestehend aus 5 Stuben, Kammern, Küche und Zubehör vom 1. October an eine ruhige Familie zu vermieten.

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Für Gewerbtreibende.

So eben ist bei uns erschienen und in der **Schwetschke'schen Sort.-Buchhandlung** (Pfeffer) in Halle, sowie in allen übrigen Buchhandlungen zu haben:

**Technisches
Hand- und Hülfsbuch**
für Gewerbtreibende.

Von **Dr. Jul. Schadeberg.**

Mit in den Text eingedruckten Holzschnitten.

Zweite Auflage. gr. 8. geb. Preis 1 Thlr.

Dieses Buch hat in Försters Bau-Zeitung und anderen technischen Zeitschriften die günstigsten Beurtheilungen erfahren und ist allen Gewerbtreibenden als ein höchst brauchbares Werk zu empfehlen.

Halle, Mai 1849.

E. A. Schwetschke und Sohn
Verlagsbuchhandlung.

Vorzügliche Glanzwische, eigener Fabrik, empfiehlt Wiederverkäufern mit bedeutendem Rabatt **D. Glöckner** in **Wettin**.

Strasburger gefüllte Schinken mit Ochsenzunge ist angekommen bei
F. Eppner.

Rhein- und Weierlach's, marinirten Lachs, Bratherince, marinirte Heringe, Sardellen, Anchovis empfiehlt
F. Eppner.

Hamburger Rauchfleisch, rohen und abgekochten Schinken, Ochsenzunge, abgekochte Kalbsschinken, Braunschweiger, Sennauer und Westphäliger Cervelatwurst, Salamiwurst in frischer Sendung erhielt
F. Eppner.

Tivoli-Theater
in der Weintraube.
Donnerstag d. 17. Mai: **Die Schleichhändler**, Posse in 4 Akten von **Kaupach**. Anfang halb 7 Uhr.